

SPD

Verlag und Redaktion:
Mannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/101

Mannover, 3. Dezember 1947

Friedensvertrag und Zentralregierung

B. Die augenblicklichen Beratungen in London konzentrieren sich unter anderem auf die Frage, ob zuerst eine deutsche Zentralregierung geschaffen und dann ein Friedensvertrag ausgearbeitet werden soll oder umgekehrt. Während Russland unbedingt in dieser Reihenfolge verfahren will, stimmt Amerika nur unter gewissen Vorbehalten zu, England und auch Frankreich dagegen wollen den Friedensvertrag von einer eventuellen deutschen Zentralregierung nicht abhängig machen. Im Grundsätzlichen sind sich Marshall, Bevin und auch Bidault darin einig, dass eine Regierung mit grossen zentralen Befugnissen nicht wünschenswert sei. Insbesondere Frankreich betont sein Sicherheitsverlangen und sieht in der Tatsache von 70 Millionen zentral regierten Deutschen einen Machtfaktor, der auch von einer noch so demokratisch gesonnenen Regierung einer französischen Politik Schwierigkeiten bereiten müsste. Das Hauptargument der drei Grossmächte besteht darin, dass angeblich eine deutsche Zentralregierung die besten Voraussetzungen für eine Diktatur bilde.

Dieser Fehlschluss wird klar, wenn man die Entwicklung Preussen-Deutschland betrachtet. Das Land Preussen war vor der Schaffung des Deutschen Reiches nicht weniger militaristisch als nachher. Preussen begann 1870 den Krieg, als es noch keine Zentralregierung gab. Trotzdem gelang es Preussen, Bayern und andere Länder als Combattanten zu gewinnen. Darüber hinaus aber muss gesagt werden, dass der Nationalsozialismus im Schosse der Länder geboren wurde. Die Zentralregierung der Republik bot Hitler vorerst weniger Möglichkeiten als Thüringen oder Braunschweig. Diese Länder "legalisierten" Hitler, und die Entwicklung des Nationalsozialismus bewies, dass es ihm leichter wurde, Deutschland von der Provinz her zu erobern als von Berlin aus. Erst dann, wenn die "autoritäre Infiltration" sehr weit fortgeschritten ist, erleichtert eine zentrale Apparatur der zur Diktatur strebenden Partei die Übernahme der Macht.

Anscheinend spielen bei den Alliierten aber noch andere Überlegungen eine Rolle. Wenn Moskau so betont darauf dringt, zuerst und überhaupt eine deutsche Zentralregierung zu schaffen, mag man auf der westlichen Seite den Verdacht haben, Russland könnte sich hierbei einen besonderen Erfolg in der Durchführung seiner Ideologie versprechen. Berlin als allein in Frage kommende Hauptstadt und als Sitz

dieser zentralen Regierung wäre, behielte man die heutige Situation bei, nicht nur räumlich vom Kommunismus umgeben. Deshalb müsste der Schaffung einer Zentralregierung die gleichmässige Besetzung Deutschlands durch alle vier Mächte vorausgehen, sofern man überhaupt die weitere Besetzung für notwendig hält. Solange die wahren Absichten Russlands nicht deutlich erkennbar sind, dürfte es kaum einen anderen Weg geben. Faire Wahlen unter demokratischen Voraussetzungen böten den Kommunisten heute weder in der Ost-, noch in der Westzone eine Chance zu einem grösseren Erfolg, ein fait accompli würde die gleichmässige Besetzung zu verhindern wissen.

Unverkennbar ist, dass eine Zentralregierung besser in der Lage wäre, die Lasten des Friedensvertrages gleichmässig zu verteilen und jeden Versuch zu vereiteln, zu Ungunsten der übrigen "auszusteigen". Ebenso würde es selbstverständlich zur Aufgabe dieser Zentralregierung gehören, an der Lockerung allzu harter Bedingungen zu arbeiten. In den Ländern, bei den Ministerpräsidenten und Landtagen würdendoch erst einmal recht lokale Gesichtspunkte gegeneinander ausgespielt werden. Schon jetzt hat der Partikularismus in Deutschland manche mitunter beschämende Blüten hervorgebracht.

Nach der Bekanntgabe des Friedensvertrages wird es unendlich schwerer sein, eine Zentralregierung zu schaffen, weil eine eifrige Demagogie die Schaffung dieser Zentralregierung sofort mit der Erfüllung des Friedensvertrages verwickeln würde. Es ist daher nicht, wie allgemein behauptet wird, wichtiger, vor der politischen die wirtschaftliche Einheit herzustellen, sondern es ist wichtig, beides zugleich zu schaffen.

Wer nur politisch voneinander unabhängige, aber wirtschaftlich verbundene Länder bestehen lassen will, trägt dem mangelhaften politischen Erfahrung des Grossteils unserer Politiker nicht Rechnung, er denkt auch nicht die Kompetenzsucht, die Eitelkeit und die Eifersucht, die unser politisches Leben heute vergiften. Nur ein Deutschland liesse sich reibungslos in einen europäischen Staatenbund einfügen, nicht aber siebzehn. (b/B9/212/2/he)

Warum nur Schulkinder?

Mit Befriedigung hat die Bevölkerung der Biase vernommen, dass die Schulkinder zwischen 6 und 18 Jahren zum Weihnachtsfest Schokolade, Zuckerwerk, Keks und einen halben Liter Milchkakao erhalten wollen. Warum aber wird diese Zuteilung nicht auch auf die Kinder unter sechs Jahren ausgedehnt? Diese Kategorie ist durch ihre Nichtbeteiligung an der Schulspeisung ohnehin schon benachteiligt. Technische Schwierigkeiten für die Verteilung sind nicht vorhanden, denn die Kinder bis zu sechs Jahren sind durch die Lebensmittelkarten-Kennziffern 14, 15 und 16 erfasst. (b/B88/2/he)

F l o s s e

Die Kunst, Spass zu verstehen

In der deutschen Länderpolitik hat es den Kartoffelkrieg gegeben. Es ging hitzig zu. Im Augenblick, in dem so viel von deutscher Einheit geredet und geschrieben wird, muss alles darauf ankommen, diesem Streit etwas von seinem Gewicht zu nehmen. Niedersachsens Ministerpräsident versuchte es damit, dass er am Schluss einer durchaus sachlich gehaltenen Regierungserklärung seiner natürlichen Neigung zu gemütvollerem Humor etwas die Zügel frei gab.

Ach, soweit sind wir noch lange nicht. Was fiel dem Manne ein! Regierungserklärungen haben trocken, schlecht stilisiert und schwer verständlich zu sein. Sie sind kein Tummelplatz freundlicher Scherze. Politik ist eine todernste Sache - unter allen Umständen. Der Adressat der Erklärung, Herr Schlange-Schönningen, sprach davon, dass er sich bedroht fühle - dadurch nämlich, dass das niedersächsische Ross auskeilen könnte, wie Kopf gesagt hatte - und sagte seinen Besuch in Hannover ab. Eine Tür fiel mit hörbarem Krach ins Schloss.

Ein Mann, der zur Weimarer Zeit viele Regierungen aus nächster Nähe beobachtete und später in aller Welt seine Studien an der internationalen Erscheinung der "massgebenden Kreise" fortsetzen konnte, fand einmal die schöne Formel von "feierlichen Esel" für eine ganz bestimmte, in Deutschland leider besonders weit verbreitete Kategorie von Ministerialbeamten. Sie sind tierisch ernst in jeder Lebenslage, die Aufforderung, Spass zu verstehen und sich vielleicht sogar über sich selbst einmal etwas lustig zu machen, würden sie als eine Aufforderung zum Selbstmord auffassen. Sie sind mimosenhaft empfindlich und wandeln auf dem hohen Kothurn ihrer Selbstüberschätzung einher. Humor geht ihnen völlig ab. Für den normalen Geschmack sind sie ziemlich unerträglich.

Wir haben mit keinem Wort gesagt, dass wir Herrn Schlange-Schönningen in diese Kategorie einreihen. Aber wir sind der Ansicht, dass er sich mit seiner Haltung in ihre gefährliche Nähe begeben hat. Wir bezweifeln auch, bei allem Respekt vor seinem Fachwissen, dass Schlange-Schönningen zu der Grössenordnung von Männern gehört, für die das Wort von der Lächerlichkeit, die tötet, nicht mehr gilt. Wer glaubt, dass Übelnehmen und Humorlosigkeit unerlässlich für das politische Geschäft seien, der sollte schon aus diesem Grunde die Finger davon lassen, denn solche Haltung beweist nur gänzlich unbrauchbare spießige Kleingeisterei.

-u

Hollands Sozialistenführer gegen Annexionen

(Eigenbericht) Hannover - Der Vorsitzende der holländischen Partei der Arbeit, Kooq Vorring, sprach kürzlich in einer Grosskundgebung in Kopenhagen. Die Versammlungsleitung stellte den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Hollands als einen der hervorragendsten Führer der holländischen Widerstandsbewegung in der Zeit der Besetzung Hollands vor. Kooq Vorring war damals mit allen führenden Mitgliedern seiner Gruppe das Opfer eines Verrates geworden und musste mehrere Jahre in dem berüchtigten Konzentrationslager Sachsenhausen verbringen.

gen. Viele seiner besten Mitarbeiter wurden ermordet oder erlagen den Entbehrungen. In seinem Vortrag, den er in deutscher Sprache hielt, erklärte Kees Vorring u.a. dass heute in den während des Krieges besetzten Ländern fast jedermann Mitglied der Widerstandsbewegung gewesen sein wolle. In Wirklichkeit habe aber die Widerstandsbewegung nur einen kleinen Teil der Bevölkerung umfasst. Man solle aber nicht vergessen, dass es auch eine Widerstandsbewegung in Deutschland gegeben habe, mit deren Vertrauensleuten er zwischen 1933 und 1940 eng zusammengearbeitet habe.

In einem anderen Zusammenhang vertrat Kees Vorring die Auffassung, dass Annexionen kein geeignetes Mittel für die Friedenssicherung seien. Er habe diese Meinung auch vertreten als Vorsitzender der holländischen Regierung und des holländischen Parlaments. Eine wirkliche Friedenssicherung sei nur zu erreichen durch eine konstruktive Zusammenarbeit der demokratischen und sozialistischen Kräfte in allen Ländern Europas.
(b/Bl/the/212/he)

Wie der Krieg im Westen begann

Ein grelles und bezeichnendes Licht auf die Leichtfertigkeit und Unbekümmertheit, mit der der "Gröfaz" (Grösster Feldherr aller Zeiten) Adolf Hitler über andere Nationen herfiel, wirft eine Episode, die Douglas Kelly, der offizielle Psychiater der 1945 in Nürnberg abgeurteilten Nazi-Schwerverbrecher in seinem sechsten erschienen Buch "Zweihundzwanzig Zellen" festgehalten hat. Von einer Sekretärin Hitlers, einem Fräulein Schröder, wurden ihm die letzten Stunden vor dem Angriff auf Westeuropa geschildert. Nach ihren Angaben wurden die engsten Mitarbeiter Hitlers, der seinerzeit sein Hauptquartier noch in Berlin hatte, am Vorabend des Überfalls aufgefordert, sich für eine Sonderfahrt bereit zu halten. Wohin die Reise gehen sollte, wurde nicht gesagt. Ihr Ziel blieb Hitlers grosses Geheimnis. Alle waren bester Laune und ausgelassen wie eine Gesellschaft junger Leute vor einem Weekend-Ausflug. Man verfrachtete sie in eine lange Autokolonne und transportierte sie nach einer kleinen Bahnstation ausserhalb Berlins. Nun setzte allseits ein grosses Rätselraten nach dem Reiseziel ein, das durch die Bemerkung eines Adjutanten, ob jedermann auch seinen Badeanzug mitgenommen habe, besonders amüsiert wurde und in das schliesslich auch Hitler selbst eingriff. Er tat sehr geheimnisvoll, liess aber durchblicken, dass sich eine selten günstige Gelegenheit bieten werde, kostbare Felle mit nach Hause zu bringen. Nun tippete alles auf Norwegen. Als der Sonderzug am nächsten Morgen hielt, fand man sich zur grossen Überraschung in einem grossen Barackenlager in der Eifel wieder. Kanonendonner grollte, Mündungsfener blitze auf und in diesem Augenblick erklärte Hitler mit seiner gutturalen Stimme: "Meine Damen und Herren, die Offensive gegen die Westmächte ist eingeleitet". So begann wie eine vergnügliche Schatzsucher-Fahrt mit der Aussicht auf reiche Jagdbeute die Verwüstung der halben Welt!
(m/B65/312/2/he)

Internationale Gewerkschaftskonferenz wegen Marshall-Plan

Die American Federation of Labour (AFL) plant, nach Meldungen aus London, die Einberufung einer Konferenz der Gewerkschaften aller am Marshall-Plan interessierten Länder. Das Zustandekommen dieser Konferenz hängt in erster Linie von der Haltung der europäischen Gewerkschaften ab. Irvin Brown, der europäische Vertreter der AFL, wollte dieser Tage in London, um mit den massgebenden Männern der TUC (englischer Gewerkschaftsbund) zu verhandeln und wird seine Bemühungen dann von Brüssel aus, dem Sitz des europäischen Hauptquartiers der AFL, fortsetzen. Die Konferenz soll noch innerhalb der beiden nächsten Monate stattfinden. Die AFL möchte sie gerne in den USA abhalten, doch soll die Entscheidung den europäischen Gewerkschaften überlassen werden. Die AFL und CIO, die beide den Marshall-Plan unterstützen, wünschen eine möglichst baldige Assoziation der europäischen Arbeiterbewegungen mit der amerikanischen Hilfe für Europa und erhoffen die Unterstützung durch die europäischen Gewerkschaften, weil so den Kommunisten die Möglichkeit genommen würde, den Marshall-Plan als ein "kapitalistisches Komplott" anzugreifen. (m/B23/312/2/ha)

Atherische Entgleisungen

Die CDU der Ostzone hat dank der kommunistischen Blockpolitik gewiss kein leichtes Dasein. Es sind daher manche fast hysterisch anmutende Erscheinungen innerhalb dieser Partei, wenn nicht entschuldigbar, so doch erklärbar. In der Provinz der Ostzone sind die Ortsvereine der CDU lediglich die Reklamepackung für den sedistischen Inhalt. Dabei können eine Verwirrung der Geister und in weiterer Konsequenz politische Kurzschlüsse nicht ausbleiben, sie sind gewissermassen naturbedingt. So kann es geschehen, dass die Parteispitze in Berlin den Marshall-Plan begrüsst, die Landesverbände ihn aber ablehnen. Dafür revanchiert sich die Spitze in Berlin mit einer Ablehnung des "Volkskongresses", während die Landesverbände nicht umhin können, diesen kommunistischen Schläger willkommen zu heissen.

Solche Kurzschlüsse bleiben natürlich innerhalb der Partei nicht unbemerkt und die "köchende Volksseele" drängt nach einem Ventil. Selbstkritik wäre unzweckmässig, denn wer sägt schon den dünnen Ast ab, auf dem man sitzt? Kritik der Umwelt? Geht nicht, denn man ist ja im "volksdemokratischen" Lande, wo es nichts zu kritisieren gibt. Aber irgendwohin muss man die überschäumenden Gefühle ablenken. Also sucht man die Linie des geringsten Widerstandes und zieht gegen die Sozialdemokratie vom Leder. Das hat viele Vorteile. Einmal wegen der Ventilwirkung, zum anderen Mal, weil man erneut seine Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht unter Beweis stellen kann und schliesslich - die Sozialdemokratie ist ja sooo geduldig, sie lässt sich so vieles gefallen

Vielleicht hätte sich die Sozialdemokratie auch das letzte Zischen aus dem östlichen CDU-Ventil gefallen lassen und hätte es, wie bisher, unerwidert gelassen, um nicht die deutsche Einigkeit durch derartige Polemiken desavouieren zu müssen. Aber es ist diesmal der Ost-CDU gelungen, für ihr unfaires Spiel den Nordwestdeutschen Rundfunk zu gewinnen, dessen unsachliche Tendenzen seit längerem unliebsam aufgefallen sind. Diese angeblich überparteiliche Institution beging den faux pas,

eine Rede Kaisers wiederzugeben, in der es hiess, dass Dr. Schumacher endlich den Mut aufbringen solle, in die sowjetische Besatzungszone zu gehen. Dass Herr Kaiser seine Einladung wider besseres Wissen um die Dinge ausgesprochen hat, ist mit der oben erläuterten Ventilwirkung zu erklären; dass sie nicht nur logisch und politisch, sondern vor allem moralisch eine peinliche Entgleisung ist, belastet nur das persönliche kaiserliche Gewissen. Dass aber der Nordwestdeutsche Rundfunk seine ohnehin nur getarnte, aber doch immer wieder betonte Objektivität und Sachlichkeit so offen verlässt und sich zum Zwischenträger so klobiger Anrempelungen politischer Persönlichkeiten macht - das ist wohl einer Aufklärung wert. (m/2/312/2/he)

Der Antwerpener Beschluss in der Praxis

Der Beschluss des Internationalen Sozialistenkongresses in Antwerpen, die deutsche Sozialdemokratische Partei in die internationale Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen, ist nicht nur eine hochbedeutsame politische Willensbekundung, sondern auch ein Akt von grossem praktischem Wert.

Künftig werden die zahlreichen formalen und psychologischen Erschwerungen fortfallen, die in der Zeit nach dem Kriegsende den Verkehr zwischen der deutschen Sozialdemokratie und ihren ausländischen Bruderparteien behinderten. Es ist also als einer natürlichen Folge des Genfer Entschlusses damit zu rechnen, dass nun innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien einschliesslich Deutschland ein enger ständiger Kontakt hergestellt werden wird, der wesentlich dazu beitragen kann, mit auftauchenden Schwierigkeiten fertig zu werden. Zumindesten wird dieser Kontakt enger und regelmässiger sein als bisher. Vor allem aber wird die deutsche Sozialdemokratie nunmehr an allen künftigen Tagungen der internationalen sozialistischen Arbeitsgemeinschaft teilnehmen. Sie finden etwa alle halbe Jahre statt, die nächste dürfte im Mai 1948 anberaumt werden. (m/BL/312/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunau
